



COVID-19 – Newsletter 21

20.04.2020

Im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden stehen derzeit drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die zentrale Bedeutung, die Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen im Zuge der Ausbreitung des sogenannten Corona-Virus zukommt, wurde auch von der Bundesregierung betont. Dennoch wurden auch Dienststellen des Öffentlichen Sektors seitens der Bundesregierung dazu aufgefordert – soweit dies möglich ist – MitarbeiterInnen zur Telearbeit anzuweisen. Dies wird auch der Österreichische Städtebund bis Ende des Monats April so handhaben. Alle ReferentInnen des Österreichischen Städtebundes werden jedoch auch während dieses Zeitraums per E-Mail sowie telefonisch, in gewohnter Weise, erreichbar sein.

Der folgende Newsletter soll über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können Sie unter folgendem Link nachlesen:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen	3
1. Aktuelle Gesetzesbeschlüsse	3
2. Fiskalrat-Büro rechnet mit 26 Milliarden Budget-Minus wegen Pandemie	3
3. Wer zahlt die Krise? Forderungen zur Wohnungspolitik in und nach Corona-Zeiten	4
4. Enge Wohnverhältnisse: Ausgangsbeschränkung trifft Kinder besonders	4
5. COVID-19 Gesetzgebung: Jabloner nimmt Kanzleramt in die Pflicht	5
6. Juncker: "Erhebliche Aufstockung" des EU-Budgets nötig	6
7. Österreich verlangt Aussetzung des EU-Beihilfenrechts	7
8. Corona-Newsletter der Dax, Wutzlhofer und Partner Rechtsanwälte	7
9. Anwälte fordern Eilverfahren des VfGH	8
10. Klimaschutzministerium sichert Bahnverkehr zwischen Wien und Salzburg durch Notvergabe	8
11. Dürfen Maibäume in der Gemeinde aufgestellt werden?	8
12. Härtefallfonds Phase 2: Antragstellung ab 20. April 2020 möglich	9
13. Kostenloses Webinar von Heid und Partner zum Thema Vergaberecht	9
14. Kostenloses Webinar der Donau-Universität Krems zum Thema COVID-19 und Finanzierungen / staatliche Beihilfen ...	10
15. Maskenpflicht – Diskussionsstand in der heimischen Wissenschaft	10
16. Yunion-Vorsitzender Meidlinger: Digitale Ämter dauerhaft installieren	11
Maßnahmen der Länder	12
1. Land Oberösterreich zahlt Landesbeitrag für Kinderbetreuungseinrichtungen	12
2. Kultur-Stillstand - Steirische Museen öffnen gestaffelt	12
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	14
1. Kurzparkzonen in St. Pölten ab Mittwoch wieder in Kraft	14
2. Steiermark: Hallenbad, Musikschule und andere Projekte müssen warten	14
3. Kommende Grazer Gemeinderatssitzung in der Messe statt im Rathaus	14
4. Stadt Salzburg kündigte weitere Schritte in die Normalität an	15
5. GVV Burgenland empfiehlt derzeit keine kommunalen Hilfspakete für Unternehmen	15
6. Anfrage zu Ferienspielen – können diese in den Sommermonaten stattfinden?	16
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	17
1. Südosteuropäische Kommunen-Maßnahmen der NALAS-Mitglieder (nationale Kommunalverbände):	17
2. Europäische Kommission: („Marshall-Plan“ für die EU):	17
3. Europäisches Parlament-	18
4. Rat der EU-	18
5. Belgien/Flandern/Region Brüssel:	18



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuelle Gesetzesbeschlüsse

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **17. April 2020** und **18. April 2020** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 161/2020

Änderung der Beerdigungskostenverordnung 2016

BGBl. II Nr. 162/2020

Änderung der Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und der Verordnung gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes

2. Fiskalrat-Büro rechnet mit 26 Milliarden Budget-Minus wegen Pandemie

Laut Berechnungen des Fiskalrat-Büros wird sich die Coronakrise im laufenden Staatshaushalt mit einem Minus von 25,6 Milliarden Euro niederschlagen. Das wären 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der budgetäre Gesamteffekt der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen beträgt in diesem Szenario 16,1 Mrd. Euro, heißt es in einem Freitagnachmittag veröffentlichten Papier.

Der Restanteil ist dem "makroökonomischen Schock" auf der Einnahmenseite geschuldet, dem Fiskus würden dadurch 9,5 Mrd. Euro entgehen. In dieser ersten Modellrechnung bewerteten die ExpertInnen die Schockwirkung auf die Nachfrage stärker, in einem zweiten Szenario, das Angebotschocks stärker gewichtet, wird das Budget-Defizit "nur" mit 23,5 Mrd. (6,1 BIP-Prozent) beziffert. Zugrunde gelegt wurde in beiden Fällen eine Schockdauer von bis zu 12 Wochen, die zu einer Reduktion des realen BIP um 4,6 Prozent führt. Abzusehen ist jedenfalls, dass Österreich die normal im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts erlaubte Defizitgrenze von drei Prozent des BIP sprengen wird. Wegen der Aktivierung der "allgemeinen Ausgleichsklausel" durch die Europäische Kommission ist der Spielraum für Budget-Verfehlungen aber massiv erweitert. Unklar ist allerdings noch, wie diese Klausel im Detail umgesetzt wird. Grundsätzlich gilt, dass Budget-Prognosen derzeit mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet sind. Am 30. März war in einer Fiskalrat-Erstabschätzung der Corona-Auswirkungen noch von einem Minus von 20,2 Mrd. im Nachfrageschock-Szenario die Rede gewesen. Der Effekt durch die Covid-19-Maßnahmen der Regierung wurde mit 9,9 Mrd. angeführt. In den knapp zwei Wochen seither sind aber noch weitere Hilfsprogramme dazugekommen, weshalb das erste Papier nun adaptiert werden musste.

Auch für die nächsten Wochen sei "eine laufende Anpassung der hier getroffenen Abschätzung" geboten, etwa weil die tatsächlichen budgetären Auswirkungen von der Inanspruchnahme der Einzelmaßnahmen abhängen. Die wichtigste Variable ist aber wohl, wie lange es dauert, bis die Gesellschaft wieder komplett "hochgefahren" ist. Das Finanzministerium selbst wies im am 18. März 2020 veröffentlichten Stabilitätsprogramm darauf hin, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise in Österreich noch nicht abschätzbar seien.



Grundsätzlich gebe es drei mögliche Szenarien für die längerfristige Entwicklung des Wirtschaftswachstums: eine dauerhafte Senkung ("L"-Verlauf), einen Einbruch mit anschließend wieder "normalen" Wachstumsraten ("V"-Verlauf) sowie eine kurze Phase der Überkompensation des Wachstumsverlust nach der Krise, ehe es wieder zu moderatem Wachstum kommt. Letzteres wird damit erklärt, dass bei stabiler Nachfrage die Produktion nach Abklingen der Pandemie durch Sonderschichten überdurchschnittlich ausgeweitet werden könnte.

Es gebe aber nicht nur negative Effekte der Krise, heißt es in der Stellungnahme des Ministeriums. So seien die Zinsen auf Staatsschulden wie auch die Ölpreise bereits gesunken, ebenso könnte sich die CO₂-Bilanz verbessern und zu sinkenden Preisen bei Emissionszertifikaten für die vom Emissionshandel erfassten Sektoren führen.

3. Wer zahlt die Krise? Forderungen zur Wohnungspolitik in und nach Corona-Zeiten

Die Corona-Krise ist eine Verteilungsfrage, finden Gabu Heindl, Architektin in Wien und derzeit Gastprofessorin in London, und Bettina Köhler, Stadtforscherin und Universitätslehrende. Die beiden haben einen **offenen Brief** initiiert, der mittlerweile mehr als 100 Unterzeichnenden hat. Der gesamte Text (folgend) wurde am 18.04. als **Gastkommentar in der Tageszeitung derStandard** veröffentlicht:

In der Corona-Krise zeigt sich einmal mehr die existenzielle Rolle von Wohnraum. Es wird zugleich deutlich, dass diese Krise (die Phase der Akutmaßnahmen wie auch die der mittelfristigen sozio-ökonomischen Effekte) auch eine Verteilungsfrage ist – bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten werden weiter verschärft. Während immer mehr Mieterinnen und Mieter mit Existenzschwierigkeiten kämpfen, bleiben die Gewinne der Wohnimmobilienwirtschaft unhinterfragt. Wie sieht eine faire Verteilung der Kosten aus, sodass die Lasten der Krise gemeinsam getragen werden und nicht – einmal mehr – die Öffentlichkeit oder die Mieterinnen und Mieter zahlen?

Den Artikel in derStandard sowie die Liste der unterzeichnenden Personen (in der sich auch *Städtebund Generalsekretär Dr. Thomas Weninger* findet) finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.derstandard.at/story/2000116946324/wer-zahlt-die-krise-forderungen-zur-wohnungspolitik-in-und-nach>

4. Enge Wohnverhältnisse: Ausgangsbeschränkung trifft Kinder besonders

Die Ausgangsbeschränkungen während der Coronakrise treffen Menschen in beengten Wohnverhältnissen, die zudem über keine private Freifläche verfügen, härter als andere. Besonders häufig betroffen davon sind laut dem Soziologen Johann Bacher (Uni Linz) Kinder. Zudem habe sich gezeigt, dass sich das Problem in Wien häufiger stellt als in anderen Teilen Österreichs.

Dies sei aber kein "Wien-spezifisches Phänomen", wie Bacher in einem Blog-Beitrag zum Austrian Corona Panel Project schreibt (<http://go.apa.at/MO3UU2jP>), sondern hänge vielmehr mit den spezifischen Wohnbedingungen in Großstädten, beeinflusst von größerer Dichte, höheren Boden- und Mietpreisen oder Zuwanderung, zusammen. Obwohl die Wohnraumversorgung hierzulande im Durchschnitt gut ist, sei der Wohnraum ungleich verteilt, so Bacher. Zudem seien häufig Kinder mit Wohnungsenge konfrontiert.



Abhängig vom Alter sind das zwischen 17 Prozent (Kinder ab 6 Jahren) und 24 Prozent (Kinder zwischen 0 und 5 Jahren). Bei Erwachsenen macht diese Gruppe gemäß den Befragungsdaten zehn Prozent aus. Kern der Studie ist eine Panelumfrage mit einer Stichprobe von 1.500 Teilnehmern, wobei die Stichprobe die soziodemographische Struktur der Bevölkerung repräsentativ abbilde. Bei der Definition von "beengten Wohnverhältnissen" hat sich der Soziologe an die Statistik Austria angelehnt. Demnach liegen diese vor, wenn sich zwei oder mehr Personen eine Wohnung (inklusive Küche, Bad, WC, Vorraum) mit weniger als 35 Quadratmetern teilen, oder ein Paar mit zwei oder mehr Kindern in einer Wohnung mit maximal 70 Quadratmetern lebt.

Abhängig von der Haushaltsgröße stehen in puncto Wohnfläche in Österreich Einpersonenhaushalten pro Person 70,2 Quadratmeter und Fünf- oder Mehrpersonenhaushalten 25,7 Quadratmeter zur Verfügung. Größere Haushalte seien häufiger von Wohnungsenge betroffen als kleinere. Bei Haushalten, in denen eine oder zwei Personen leben, sind weniger als ein Prozent damit konfrontiert. In Haushalten mit drei bzw. vier Personen erhöht sich dieser Wert auf sieben bzw. acht Prozent. Unter Haushalten mit fünf und mehr Personen sind 29 Prozent von Wohnungsenge betroffen. Ein möglicher Grund für die starke Betroffenheit von großen Haushalten könnte die Dominanz des Ideals der Zwei-Kind-Familie mit Vater, Mutter und zwei Kindern sein, das den Wohnbau seit der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart geprägt habe, schreibt der Soziologe. Somit gebe es auch nur wenige Wohnungen, die größeren Familien oder anderen Wohnmodellen genug Platz biete.

Während der Krise brauche es daher besondere Unterstützung für Menschen in beengten Wohnverhältnissen. Etwa sollten "Arbeitsplätze" in Schulen oder Stadtteilzentren angeboten und Anreize geschaffen werden, die Wohnumgebung zu erkunden. Auch sollte bei der Öffnung der Infrastruktur Kindern der Vorrang eingeräumt und zuerst Spielplätze, anschließend Kindergärten, Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe geöffnet werden, meinte Bacher.

5. COVID-19 Gesetzgebung: Jabloner nimmt Kanzleramt in die Pflicht

Ex-Justizminister Clemens Jabloner nimmt in der Diskussion über die von vielen Juristen als problematisch eingestuften Maßnahmen zur Bekämpfung der CoV-Pandemie das Bundeskanzleramt in die Pflicht. „Es ist ja nicht der Gesundheitsminister ganz allein auf weiter Flur“, sagte er im Ö1-Morgenjournal, nachdem am Vorabend das ExpertInnengremium zur Evaluierung getagt hatte.

Das Kanzleramt sei für die verfassungsgemäße Vorbereitung aller Rechtsakte zuständig. „Es gibt auch eine Verfassungsministerin und einen Apparat, den Verfassungsdienst, der hier seit 100 Jahren tätig ist“, unterstrich Jabloner.

Den vollständigen Beitrag finden Sie auf der Website der Vereinigung der VerwaltungsrichterInnen unter folgendem Link: <https://uvsvereinigung.wordpress.com/2020/04/18/cov-gesetze-jabloner-nimmt-kanzleramt-in-die-pflicht/#more-16264>



6. Juncker: "Erhebliche Aufstockung" des EU-Budgets nötig

Nach Worten des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker ist eine "sehr erhebliche Aufstockung" des EU-Budgets erforderlich. Alle bisherigen Vorschläge, inklusive dem seiner Kommission von 2018, seien "nicht ausreichend, um der Coronakrise zu begegnen", sagte Juncker in einem Interview mit den "Salzburger Nachrichten" und den "Oberösterreichischen Nachrichten" vom Montag.

Seine Kommission habe einen Rahmen von 1,13 Prozent des Bruttonationaleinkommens vorgeschlagen. "Das war schon ein Minimum. Und es reicht jetzt erst recht nicht." Denn zu den bestehenden Aufgaben kämen neue für Forschung, Flüchtlinge, das Stipendienprogramm Erasmus und nunmehr die Finanzierung der Folgen der Coronakrise hinzu.

Angesprochen auf die bisherige Sparforderung der Nettozahler, zu denen auch Österreich gehört, sagte Juncker: "Wir müssen mit den Ländern, die sich auf das Ein-Prozent-Limit eingeschossen haben, neu reden." Er sei zwar für einen sparsamen Umgang mit Steuergeld, aber "sehr dagegen, dass man spart, wenn es um Solidarität und neue, zukunftsweisende Ideen geht". Außerdem brauche es eine schnelle Entscheidung über das EU-Budget, denn ansonsten würden EU-Programme ab Jänner 2021 nicht mehr zur Verfügung stehen.

Juncker befürwortet, dass die EU an der Idee eines Wiederaufbaufonds ("Recovery-Fonds") weiterarbeitet. "Es geht dabei ja nicht um die Vergemeinschaftung alter Schulden, sondern um eine teilweise Vergemeinschaftung von neuen Schulden, die durch die Pandemie entstehen. Die Schuldenaufnahme wäre zeitlich begrenzt und zweckbestimmt." Er sei aber dagegen, so Juncker, "dass man so tut, als ob das kurzfristig eine Antwort auf die finanziellen Engpässe wäre, die jetzt in allen Euroländern auftreten. Es braucht mehrere Monate, um das Instrumentarium aufzubauen".

Das bisherige Corona-Rettungspaket der Euro-Finanzminister in Höhe von 540 Milliarden Euro sei zwar solide, werde aber noch nicht ausreichen, sagte Juncker. Dabei kritisierte der frühere luxemburgische Ministerpräsident und Ex-Eurogruppenchef, dass "einige nationale Minister" so getan hätten, als ob Italien selbst verschuldet in die Schuldenkrise geraten sei. "Der Hinweis auf den desolaten Zustand der italienischen Staatsfinanzen verbietet sich im Augenblick, weil wir das Haushaltsdefizit in der Eurozone inklusive italienischer Anstrengungen in den letzten Jahren verringern konnten."

Juncker verhehlte nicht seine Enttäuschung über die Antwort der EU auf die Coronakrise. "Ich bin enttäuscht von der europäischen Gesamtleistung der vergangenen Wochen. Weil sich am Anfang der Coronakrise herausgestellt hat, dass Solidarität in Europa kein spontaner Reflex ist, sondern organisiert werden muss. Dagegen ist die Rückkehr zu den nationalen Bezugsrahmen die erste Geste, die Regierungen eingefallen ist", so der frühere EU-Kommissionschef.

Dies sei "nicht so abnormal, weil EU und Europäische Kommission keine Kompetenz im Bereich der Gesundheitspolitik haben. Aber man hat festgestellt, dass die nationalen Süppchen den Geschmack des Kontinents nicht treffen. Und jetzt bewegt man sich mit Verspätung, aber immer mehr auf solidarisches Handeln zu. In Italien und Spanien glauben viele Menschen nicht mehr an diese Solidarität."

Juncker plädierte für mehr Engagement der EU zur Sicherung des Rechtsstaats in Ungarn. "Wenn es um die Verteidigung des Rechtsstaats geht, muss man Ross und Reiter benennen", sagte Juncker in Anspielung auf die Tatsache, dass die EU-Kommission anfangs Ungarn nicht einmal beim Namen nannte. "Allgemeine, wohlklingende und fast poetisch anmutende Aufforderungen zur Beachtung des Rechtsstaats reichen nicht. Ich habe schon als Politiker der Europäischen Volkspartei dafür plädiert, die Orbán-Partei (Fidesz, Partei des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán, Anm.) aus der EVP auszuschließen. Ich bin jetzt dafür, dass die EU nicht nachlässt, dafür zu sorgen, dass der Rechtsstaat in Ungarn und überall, wo er noch partiell bedroht



ist, gesichert wird. Wir haben es mit einer großen Krise zu tun." Juncker glaubt nicht, dass die EU an der Coronakrise zerbricht. "Die Effekte der Coronakrise sind länger anhaltend als jene der Finanzkrise", sagte er aber.

7. Österreich verlangt Aussetzung des EU-Beihilfenrechts

Österreich setzt sich in der EU für die vorübergehende Abschaffung des EU-Beihilfenrechts ein. So solle ermöglicht werden, dass Staatshilfen an heimische Unternehmen auch ohne Genehmigung der EU fließen können. Österreich trage viele EU-weite Maßnahmen wie die Pläne für die EU-Kurzarbeit mit, die in der Coronakrise vor allem Staaten mit hoher Staatsverschuldung unterstützen sollen, so Finanzminister Gernot Blümel bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wirtschaftsministerin Margarethe Schramböck und WKÖ-Bankspartenobmann Andreas Treichl am Montag. "Ich habe kein Verständnis dafür, wenn wir mit österreichischem Steuergeld andere Länder unterstützen und dafür im Gegenzug ein Verbot bekommen, unsere eigenen Unternehmen mit unserem eigenen Steuergeld zu unterstützen", so Blümel. "Diese Solidarität darf keine Einbahnstraße sein."

Wirtschaftsministerin Margarethe Schramböck ergänzte, sie habe bereits mit EU-Handelskommissar Phil Hogan über das Beihilfenrecht gesprochen. Dieser habe ihr zugesagt, das Thema gegenüber EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager anzusprechen.

Laut Schramböck geht es dabei weniger um die großen Konzerne wie die Austrian Airlines (AUA), mit der die Regierung derzeit über bis zu 800 Mio. Euro Staatshilfe verhandelt, sondern vor allem um rasche Hilfen für mittelständische Unternehmen. Es sei "wichtig, das Leid der kleinen Unternehmen zu beschränken", so Schramböck am Montag. "Wir müssen neue Wege gehen und mit Geschwindigkeit den österreichischen Mittelstand unterstützen."

Die Forderung an die EU sei "seitens Österreichs" getätigt worden, so Blümel auf Nachfrage, ob auch andere Länder die Aussetzung des Beihilfenrechts fordern würden. Andere Staaten könnten sich aber anschließen. Laut Schramböck könnte Unterstützung aus den skandinavischen Ländern kommen. Die Frage, für welchen Zeitraum die Aussetzung gefordert werde, blieb offen.

Derzeit muss Österreich seine Hilfsmaßnahmen für Firmen noch von der EU absegnen lassen. Erst vergangenen Freitag hatte die EU-Kommission die 100-prozentigen Kreditgarantien für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) genehmigt. Solche vollständigen Staatshaftungen sind nun für kleinere Unternehmen für Darlehen bis zu 500.000 Euro möglich. Bisher hat das Finanzministerium nach eigenen Angaben 1,8 Mrd. Euro an Garantien genehmigt.

8. Corona-Newsletter der Dax, Wutzlhofer und Partner Rechtsanwälte

Wie bekannt, stellen sich aus juristischer Sicht derzeit zahlreiche Fragen rund um die Corona-Gesetzgebung des Bundes und der Länder. Der laufend aktualisierte Newsletter der Dax, Wutzlhofer und Partner Rechtsanwälte GmbH soll diesbezüglich Abhilfe schaffen. Den zahlreiche Rechtsgebiete umfassenden Newsletter finden Sie stets in aktueller Fassung unter folgendem Link: <https://daxundpartner.at/2020/04/08/dwp-corona-newsletter-update/>



9. Anwälte fordern Eilverfahren des VfGH

Der Präsident des Rechtsanwaltskammertages, Rupert Wolff, fordert in der Debatte um den Rechtsschutz gegen behördliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ein Eilverfahren beim Verfassungsgerichtshof. Die ohne Begutachtung schnell erlassenen Vorschriften seien teils „lücken- und fehlerhaft“ ausgefallen, so Wolff. Im Rechtsstaat habe aber auch in schwierigen Zeiten „Transparenz und Qualität“ in der Gesetzgebung zu gelten, sagte Wolff. Gesetze und Verordnungen müssten auch in Notzeiten klar festlegen, was erlaubt und was verboten ist. „Oft wissen die BürgerInnen nicht, was sie tun dürfen“, kritisierte Wolff – unter Hinweis etwa auf die Verwirrung rund um den Ostererlass.

Siehe dazu: <https://uvsvereinigung.wordpress.com/2020/04/20/corona-krise-einschraenkung-der-grund-und-freiheitsrechte-vor-gericht-3/#more-16269>

10. Klimaschutzministerium sichert Bahnverkehr zwischen Wien und Salzburg durch Notvergabe

Um den Bahnverkehr zwischen Wien und Salzburg aufrechtzuerhalten, bestellt das Klimaschutzministerium ab kommenden Montag (20.4.2020) Zugverbindungen bei ÖBB und WESTbahn. Der Auftrag umfasst ein Volumen von 48,3 Millionen Euro für die kommenden drei Monate (40 Millionen ÖBB, 8,3 Millionen WESTbahn) und wird im Wege einer Notvergabe durchgeführt. Aufgrund der Coronakrise sind die Fahrgastzahlen auf der Weststrecke massiv zurückgegangen. Ohne Beauftragung durch das Ministerium hätten ÖBB und WESTbahn den Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen einstellen müssen. „Die Bahn ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in Österreich. Sie bringt Tag für Tag die Menschen an den Arbeitsplatz, die unser Land am Laufen halten. Wir stellen sicher, dass sich die Kundinnen und Kunden auch in Krisenzeiten darauf verlassen können“, so Klimaschutzministerin Leonore Gewessler.

11. Dürfen Maibäume in der Gemeinde aufgestellt werden?

Alle Jahre wieder kommt der erste Mai, und damit das traditionelle Aufstellen des Maibaumes. Heuer jedoch befindet sich die Welt im Ausnahmezustand, auch die Traditionen bleiben dabei auf der Strecke. Bei Vielen ist wohl schon die alljährliche Jagd auf das Osternest ins Wasser gefallen. Ob auch das feierliche Aufstellen des Maibaumes dem Coronavirus zum Opfer fallen muss, hat der Österreichische Gemeindebund beim Innenministerium nachgefragt.

Auf Anfrage berichtete das Innenministerium, dass das Aufstellen eines Maibaumes an einem öffentlichen Ort mit "Publikum", wie üblich, als Veranstaltung zu qualifizieren ist und daher durch VO BGBl. II Nr. 98/2020 idgF verboten ist. Diese Verordnung des Gesundheitsministeriums untersagt das Betreten öffentlicher Räume, zu den fünf bekannten Ausnahmen (Abwendung unmittelbarer Gefahr, Hilfeleistung, Deckung der Grundbedürfnisse, Beruf und sportliche Betätigung) zählt das Spektakel des Maibaum-Aufstellens nicht.

Ein Aufstellen ohne "Publikum" durch zum Beispiel eine Firma oder Gemeindebedienstete im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit unter Einhaltung der Auflagen in der VO BGBl. II Nr. 98/2020 idgF (1 Meter-Abstand



oder sonstige geeignete Schutzmaßnahmen), ist laut Innenministerium als zulässig anzusehen. Für Feuerwehren gilt in diesem Zusammenhang der Ausnahmetatbestand des beruflichen Zweckes nicht. In diesem Zusammenhang darf noch darauf verwiesen werden, dass die VO BGBl. II Nr. 98/2020 bis 30.04.2020 verlängert wurde. **Stellt die Gemeinde also sicher, durch das Aufstellen eines Maibaumes kein Publikum anzuziehen, so ist das erlaubt.**

12. Härtefallfonds Phase 2: Antragstellung ab 20. April 2020 möglich

Die Antragstellung für Phase 2 ist ab Montag, **20. April 2020** (bis 31.12.2020) online auf der Homepage der Wirtschaftskammer Österreich möglich. Der Förderzuschuss aus Phase 1 wird auf Phase 2 angerechnet. Es ist möglich, zuerst Leistungen im Härtefallfonds zu beantragen und später auch aus dem **Corona-Hilfsfonds** (Garantien, Fixkostenzuschuss) zu beziehen. Die Leistung aus dem Härtefallfonds wird jedoch **angerechnet**. Der Kreis der BezieherInnen wurde ausgeweitet, sodass deutlich mehr UnternehmerInnen Geld aus dem Fonds erhalten.

Welche Verbesserungen für UnternehmerInnen gibt es?

- Einkommensober- und -untergrenzen entfallen.
- Mehrfachversicherungen, sowie Nebenverdienste sind nicht weiter Ausschlussgründe.
- Außerdem können in der Phase 2 nun auch NeugründerInnen (Unternehmensgründungen ab 1.1.2020) aus dem "Erste-Hilfe-Fonds" einen Pauschalbetrag beziehen

Wie hoch ist die Förderung?

Konkret wird mit einem Zuschuss von **max. EUR 2.000 pro Monat** über **max. drei Monate** der Verdienstentgang - gesamt bis zu EUR 6.000 - abgedeckt.

Eine detaillierte Übersicht finden Sie auf der Website der HFP Steuerberatungs GmbH unter folgendem Link:

https://www.hfp.at/steuernews/article/browse?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1813&cHash=9865400c645042ef57de9018b2f6e4a8

13. Kostenloses Webinar von Heid und Partner zum Thema Vergaberecht

In und nach der Covid-Krise ist das Vergaberecht ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft. Auftraggeber und Bieter stehen vor völlig neuen Herausforderungen. *Dr. Stephan Heid*, Heid & Partner Rechtsanwälte und *Mag. Hubert Reisner*, Bundesverwaltungsgericht, zeigen im Rahmen eines Webinars am **24.4.2020, 10:00 bis 11:30 Uhr**, wie Sie mit den aktuellen Fragestellungen in der Praxis umgehen:

- Notvergaben und Kurzverfahren: Wie lange gilt "Vergaberecht light" + Anfechtungsfristen
- Altverträge stabil weiterführen: Zulässige Änderungen in den Grenzen des BVergG 2018
- Neuverträge ergänzen: Mit neuen Covid-Klauseln zu einer gerechten Risikoverteilung
- Eignungs-, Auswahl- und Zuschlagskriterien mit neuem Augenmaß wählen
- Insolvenzen und Anschlussvergaben: Vertragskrisen managen



Das **90 minütige** Webinar richtet sich an Auftraggeber und Bieter und ist **kostenfrei**.

Anmeldung unter: <https://www.heid-partner.at/veranstaltungen/vergaberecht-neu-nach-covid-19-krise-webinar-mit-den-vergabeexperten-stephan-heid-und-hubert-reisner/>

14. Kostenloses Webinar der Donau-Universität Krems zum Thema COVID-19 und Finanzierungen / staatliche Beihilfen

Das Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen der Donau-Universität Krems hat am 1.4. ein erstes Webinar zum Thema "COVID-19 und Recht" veranstaltet, das großen Anklang gefunden hat. Viele TeilnehmerInnen haben sich im Anschluss vertiefende Follow-Ups zu Spezialfragen gewünscht.

22.4. (Mittwoch), 17:00-18:00 Uhr: „COVID-19 und Finanzierungen / staatliche Beihilfen“

Vortragender: RA Dr. Clemens Völkl, Völkl Rechtsanwälte

Link zum virtuellen Hörsaal: <https://donau-uni.zoom.us/j/91321021771?pwd=Zkt6RjY1SzZCNG1STTNoZDFQRjl3Zz09>

Zum Thema: Die Corona-Krise stellt viele Unternehmen vor Liquiditätsprobleme. Ein Schlüsselfaktor in der Bewältigung sind Finanzierungen durch die Hausbank. Die Kreditvergabe wird zwar durch staatliche Beihilfen erleichtert, jedoch bestehen zahlreiche Zweifelsfragen. Die Aufsichtsbehörden (FMA, EZB, EBA) haben einige Erleichterungen in Aussicht gestellt. Dennoch gelten nach wie vor weitgehende Restriktionen bei Finanzierungen. Das Webinar behandelt die wesentlichen Erleichterungen für Banken, die Rahmenbedingungen und die aktuelle Situation für Unternehmen, die Liquidität benötigen oder bestehende Finanzierungen verlängern wollen und das Zusammenspiel mit den staatlichen Beihilfen. Optionale Vorbereitung: PPT-Präsentationen in **Beilage1** und **Beilage2**.

15. Maskenpflicht – Diskussionsstand in der heimischen Wissenschaft

Im Rahmen des Coronavirus-Updates Wissenschaft fasst die Autorin den derzeitigen Stand der Diskussion der Public-Health Community zusammen. Im beiliegenden Update werden ExpertInnenmeinungen zum Thema Maskenpflicht in kompakter Form dargestellt.

Siehe **Beilage3**



16. Younion-Vorsitzender Meidlinger: Digitale Ämter dauerhaft installieren

Wenn die öffentliche Verwaltung in den kommenden Wochen schrittweise wieder zum Normalbetrieb zurückkehrt, müssen die Bediensteten der Ämter und ihre KundInnen bestmöglich geschützt werden. Was sich am Konzept ‚Digitales Amt‘ in der Krise bewährt, sollte außerdem zur dauerhaften Einrichtung werden“, forderte heute, Montag, der Vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger. „Eingeschränkter Kundenverkehr nur nach Terminvereinbarung und digitale Abwicklung wo immer es möglich ist zählen ebenso zu den notwendigen Schutzmaßnahmen wie Desinfektion, die Bereitstellung von Gesichtsmasken und die Installation von durchsichtigen Trennwänden bei Parteienverkehr“, stellte Meidlinger klar. Das Angebot an Amtswegen, die online erledigt werden können, muss so rasch wie möglich ausgeweitet werden.

Unbürokratische sofortige Hilfe und Informationen rund um Verwaltungsthemen im Internet entlasten die MitarbeiterInnen der Ämter, minimieren in Zeiten von Corona die Ansteckungsgefahr und optimieren nicht zuletzt das Service für die Bürgerinnen und Bürger.



Maßnahmen der Länder

1. Land Oberösterreich zahlt Landesbeitrag für Kinderbetreuungseinrichtungen

In der Coronakrise mussten Kinderbetreuungseinrichtungen teilweise geschlossen werden. Der Großteil der Kinder wird seit der Schließung daheim betreut und nur mehr jene Kinder, deren Eltern das Angebot brauchen, werden in den geöffneten Einrichtungen betreut.

Änderungen bei der Anzahl der geführten Gruppen, den Öffnungszeiten oder bei der Personaleinteilung sollen aber keinen Einfluss auf die Auszahlung des Landesbeitrags haben. Ebenso sollen auch private Rechtsträger, die für ihr Personal Kurzarbeit in Anspruch nehmen, nicht benachteiligt werden. Aus diesem Grund bringt LH -Stellvertreterin Christine Haberlander im Auftrag von LH Thomas Stelzer eine Gesetzesänderung ein, um den Landesbeitrag abzusichern und so zu garantieren, dass für die oberösterreichischen Gemeinden im Kinderbetreuungsbereich Finanzierungssicherheit und damit Planungssicherheit besteht.

„Auch in Zeiten der Coronakrise wird niemand in Oberösterreich alleine gelassen. Wir als Land Oberösterreich stehen als verlässlicher Partner zu unserem Wort und zu unseren Gemeinden. Eine Kürzung des Landesbeitrags und damit eine zusätzliche Belastung der Gemeinden kommen für uns nicht in Frage, daher hoffen wir, dass die Gesetzesänderung angenommen wird. Zum Wohl der Gemeinden und als Zeichen der Unterstützung in dieser für uns alle herausfordernden Zeit“, betonen Stelzer und Haberlander. „Wir arbeiten in Oberösterreich permanent für die bestmögliche Betreuung unserer Jüngsten. Und für ein Angebot, das die Bedürfnisse der Eltern abdeckt. Diese Arbeit dürfen wir in der jetzigen Krise nicht gefährden. Es ist unsere Aufgabe, die Gemeinden so zu unterstützen, dass auch nach der Krise die gewohnte, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung angeboten werden kann. Allein mit dem Landesbeitrag leistet das Land OÖ mehr als 170 Millionen Euro.“

„Viele der Einrichtungen sind derzeit geschlossen. Im Bereich der Elementarpädagogik werden circa die Hälfte der Einrichtungen durch private Träger wie etwa die Caritas organisiert, diese Träger haben Kurzarbeit beantragt. Es ist deshalb auch ein Zeichen der Wertschätzung, dass die Landesbeiträge für die Gemeinden in gleicher Höhe fließen“, so Gemeindebundpräsident Hans Hingsamer.

2. Kultur-Stillstand - Steirische Museen öffnen gestaffelt

Die steirischen Museen und andere Kultureinrichtungen werden analog den Vorgaben der Bundesregierung bei den Lockerungen vorgehen, informierte die Kommunikation Land Steiermark in einer Aussendung am Freitag. Die Landesbibliothek startet den Entlehndienst mit 18. Mai, das Universalmuseum Joanneum wird die Pforten voraussichtlich am 1. Juli öffnen.

Die Steiermärkische Landesbibliothek war am 13. März wegen des Coronavirus geschlossen worden. Der Lesesaal werde das auch weiterhin noch bleiben, auch wenn das Entleihen ab Mitte Mai wieder möglich sein wird. Für letzteres müssen alle nötigen Maßnahmen wie Händedesinfizieren, Tragen von Mund- und Nasenschutz sowie der gebotene Abstand eingehalten werden.



In den Landesmuseen müssen ab Juli die Vorsichtsmaßnahmen und Regelungen ebenfalls eingehalten werden. Die geschlossenen Freiluftbereiche des Universalmuseums Joanneum, konkret der Schlosspark in Eggenberg sowie der Skulpturenpark in Premstätten, werden unter den vorgegebenen Schutzmaßnahmen mit 18. Mai wieder zugänglich sein.

Differenzierter stelle sich die Situation für die Bühnen Graz dar, da der Veranstaltungsbetrieb nach aktuellem Stand bis Ende August generell nur sehr eingeschränkt stattfinden wird können. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Bühnen Graz und ihrer Häuser werde noch entschieden, wie ein Stufenplan aufgebaut sein soll, um den Spielbetrieb schrittweise wieder aufnehmen zu können.

Kulturlandesrat Christopher Drexler meinte: "Kunst und Kultur sollen nach überwundener Krise wieder in ihrer ganzen Vielfalt und Breite stattfinden. Mit der Öffnung der Landesbibliothek unter strengen Schutzvorkehrungen und der Ausstellungsräumlichkeiten des Universalmuseums Joanneum setzen wir erste vorsichtige Schritte in diese Richtung."

Kulturstadtrat Günter Riegler erklärte, dass das GrazMuseum und das Kunsthaus zeitgleich mit Landesmuseum und Bundesmuseen am 1. Juli öffnen werden: "Der Schutz Besucher steht für uns an oberster Stelle. Die Museen werden daher unter den gebotenen Schutzmaßnahmen wieder öffnen. Nur durch ein Zusammenwirken von Bund, Land und Stadt kann ein Fortbestand des Grazer Kulturlebens in der bisherigen Dichte und Qualität erfolgreich gelingen."



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Kurzparkzonen in St. Pölten ab Mittwoch wieder in Kraft

Die Corona-bedingt ausgesetzte Gebührenpflicht in den Kurzparkzonen in St. Pölten ist ab Mittwoch wieder in Kraft. Der Schritt sei nach der teilweisen Wiederöffnung im Handel in der Vorwoche nicht zuletzt "eine Unterstützung für die Wirtschaftsreibenden der Innenstadt", betonte der Magistrat am Montag in einer Aussendung.

In Wiener Neustadt, der zweitgrößten Stadt im Bundesland, zeigte man sich vorerst abwartend. Eine Kontrolle der innerstädtischen Kurzparkzonen startet laut einer Aussendung dann, "wenn ein komplettes Wiederhochfahren der Wirtschaft gegeben ist".

2. Steiermark: Hallenbad, Musikschule und andere Projekte müssen warten

„Wir rechnen heuer mit einem Einnahmenverlust von zwei bis drei Millionen Euro, das entspricht etwa zehn Prozent unseres Budgets“, erklärt etwa Helmut Leitenberger Bürgermeister der **Stadtgemeinde Leibnitz**. Auf unbestimmte Zeit verschoben wird daher etwa der bereits geplante und budgetierte Neubau der Musikschule. Blickt man über die Bezirksgrenzen, zeichnet sich ähnliches im Nachbarbezirk Deutschlandsberg ab. Josef Wallner, Bürgermeister der **Stadtgemeinde Deutschlandsberg**, rechnet ebenfalls mit Einbußen. Wie hoch, könne man derzeit nicht sagen. Größere geplante Projekte, wie etwa das Hallenbad oder Science Lab, müssten erst einmal warten. „Wir können nur das machen, was wir uns leisten können und müssen auf Sicht fahren, wie Gemeinderat Peter Bainschab zu sagen pflegt“, sagt Wallner. Da sei man sich durch die Reihen des Gemeinderates einig. Er würde es begrüßen, wenn es zudem wieder eine Investitionsprämie vom Bund gegeben würde. „So würde die Wirtschaft angekurbelt werden und wir könnten das Bildungsprojekt Science Lab umsetzen.“

Lannach will laut Bürgermeister Josef Niggas auf Reserven zurückgreifen, um geplante Projekte, wie Straßenasphaltierungen oder den Umbau der Eisenbahnkreuzungen, bei dem sich die Gemeinde finanziell beteiligt, umzusetzen. „Wir haben unsere Hausaufgaben gut gemacht und daher keinen Rückstau an Investitionen“, sagt er.

3. Kommende Grazer Gemeinderatssitzung in der Messe statt im Rathaus

Unter geänderten Rahmenbedingungen und ausnahmsweise auch nicht im Rathaus wird kommende Woche die nächste Grazer Gemeinderatssitzung stattfinden. Wegen der Coronavirus-Maßnahmen wurde die Sitzung in einen Saal der Grazer Messe verlegt, wo die 48 MandatarInnen genügend Abstand halten können. Weiters müssen alle TeilnehmerInnen, auch MedienvertreterInnen, einen Mund-Nasen-Schutz tragen.

Die Sitzung am Donnerstag wird zu Mittag beginnen und für die Öffentlichkeit nur via Livestream zu verfolgen sein. Die PolitikerInnen und andere TeilnehmerInnen müssen einen Mindestabstand von einem Meter zu anderen Personen einhalten. Abgeordnete, die in die Hochrisikogruppe für das Coronavirus fallen, sollen der Sitzung fernbleiben, so der Appell. Eine Tagesordnung stand vorerst noch nicht fest, aber



dringliche Anfragen wird es keine geben, damit die Sitzung möglichst kurz bleibt. Ein Thema der Sitzung wird der Rechnungsabschluss für das Jahr 2019 sein.

Mitte März war eine Gemeinderatssitzung kurzfristig wegen der Corona-Maßnahmen abgesagt worden. In einer außergewöhnlichen Stadtsenatssitzung wurden nicht aufschiebbare Beschlüsse, die eigentlich im Gemeinderat am Programm gestanden wären, getroffen.

4. Stadt Salzburg kündigt weitere Schritte in die Normalität an

Der Krisenstab der Stadt Salzburg hat wegen sinkender Covid-19-Krankheitsfälle weitere Schritte in die Normalität geplant. Am 27. April werde die seit sechs Wochen ausgesetzte Parkraumbewirtschaftung wieder eingeführt, wobei in den ersten drei Tagen nicht gestraft werde, hieß es am Freitag in einer Aussendung. Am 30. April soll der beliebte Wochenmarkt "Schranne" beim Mirabellplatz wieder öffnen.

Bürgermeister Harald Preuner habe das Stadtratskollegium via Video-Konferenz über die geplanten Maßnahmen informiert und "eine Wohlmeinung dazu erhalten", berichtete das städtische Informationszentrum. Der Grünmarkt am Universitätsplatz findet in der nächsten Woche noch in verkleinerter Form statt und soll dann am Samstag, 25. April, erstmals wieder in größerer Form abgehalten werden. Einschränkungen sind bei den Essensständen aber noch möglich. Parallel dazu laufen erste Vorbereitungen für die generelle Wiederaufnahme der Tätigkeit der Stadtverwaltung. Für publikumsintensive Ämter ist ein entsprechender Schutz wie Plexiglaswände, Masken und Desinfektionsspender vorgesehen.

Alle geplanten Öffnungen seien aber nur bei strikter Einhaltung der Corona-Verhaltensregeln des Bundes und bei einem weiteren Rückgang der Krankheitsfälle möglich, hieß es. Mit Stand von Freitagvormittag wurden in der Stadt Salzburg bisher 144 Infizierte registriert, davon sind 107 bereits wieder genesen.

5. GVV Burgenland empfiehlt derzeit keine kommunalen Hilfspakete für Unternehmen

Der GVV Burgenland empfiehlt aus derzeitiger Sicht dringend, dass die Kommunen keine finanziellen „Hilfspakete“ für ihre Unternehmen, Betriebe, Vereine und Kulturschaffende in Form von monetären Zuwendungen für diese schnüren. Es wird darauf hingewiesen, dass solche Zuwendungen der Gemeinden an die obig Genannten zu Problemen führen können, da solche als Förderungen der Gemeinden auf die Auszahlungen des COVID19-Härtefallfonds angerechnet werden. Das heißt, die zu Unterstützenden bekommen aus diesem Fonds weniger oder gar kein Geld und bei den Gemeinden bleiben die Kosten

Das vollständige Schreiben des GVV Burgenland finden Sie in **Beilage 4**.



6. Anfrage zu Ferienspielen – können diese in den Sommermonaten stattfinden?

Aus der Landesgruppe OÖ erhielt der Österreichische Städtebund die Anfrage, ob sog. Ferienspiele, deren Planung zumeist bereits abgeschlossen ist, in den Sommermonaten stattfinden können.

Zusammengefasst wurde übereinstimmend die Antwort gegeben, dass Ferienspiele - zum derzeitigen Stand der Rechtslage sowie der Diskussion - als Teil der Kinderbetreuung und nicht als „Veranstaltungen“ gesehen werden. Sofern genügend Fläche zur Einhaltung des allgemein gültigen Abstand-Haltens sowie die Möglichkeit der Aufteilung in Kleingruppen gegeben sind, wird derzeit von den Mitgliedern des Österreichischen Städtebundes davon ausgegangen, dass Ferienspiele stattfinden können.



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Südosteuropäische Kommunen-Maßnahmen der NALAS-Mitglieder (nationale Kommunalverbände):

Auch die südosteuropäischen Länder haben infizierte Fälle und Todesopfer gemeldet und verschiedene Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen ergriffen. NALAS erstellt seit Beginn der Corona-Krise eine wöchentliche Bestandsaufnahme zur Situation in Südosteuropa, um dem Netzwerk einen koordinierten Ansatz im Krisenmanagement zu ermöglichen und zu helfen Erfahrungen und gute Praxisbeispiele zu teilen. Angaben von 13 Kommunalverbänden aus 12 Ländern:

Situation und offizielle Regierungsmaßnahmen: Anzahl der Infizierten und Verstorbenen wächst; Ausnahmezustand besteht überall außer in der Türkei und in Montenegro; Naturkatastrophenalarm in Albanien, Notfall im Bereich der öffentlichen Gesundheit im Kosovo; Schulen sind geschlossen; Fernunterricht ist eingeführt; Ausgangssperren und Bewegungseinschränkungen eingeführt; Die meisten Grenzen wurden geschlossen, Flüge aufgehoben, Einreisebeschränkungen; Massenversammlungen sind verboten und Veranstaltungen abgesagt; home-office-modus als Empfehlung; In allen Volkswirtschaften wurden verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen eingeführt, um die Auswirkungen der Krise abzufedern.

Aktionen der Kommunalverbände: Büros wurden geschlossen, Arbeit erfolgt im home-office-modus; Alle großen Veranstaltungen sind abgesagt, kleinere Meetings finden online statt; Aktivitäten werden an die neuen Bedingungen angepasst; Kommunalverbände und ihre Gremien sind aktiv im Informationsaustausch und in der Unterstützung der Mitglieder bei der Bewältigung der Krise sowie in der Zusammenarbeit mit nationalen Institutionen, um die Interessen von Lokalregierungen/Kommunen zu berücksichtigen; Kommunalverbände setzten verstärkt auf Webinar und Online-Lernen.

<https://us1.campaign-archive.com/?u=e2fcd6oad8fo421of9e8a5699&id=f65363e67b>

2. Europäische Kommission: („Marshall-Plan“ für die EU):

Umfangreicher *recovery*-Plan für die Wirtschaft im Einklang mit den bisherigen Vorhaben (Green Deal, Digitalisierung etc). Das KOM-Arbeitsprogramm wird angepasst und am **29 April** neuerlich präsentiert. Besonders wichtig: Umsetzung des Binnenmarktes, eine massiven Investitionsstrategie, die Stärkung der internationalen Rolle sowie die Widerstandsfähigkeit (*resilience*) der Wirtschaft, Umwelt, Gesundheitssysteme etc und Erhalt guter Regierung- und Verwaltungstätigkeit (*good governance*). Das EU-Budget (MFR 2021-27) soll angepasst werden, evtl sollen sogar *recovery bonds* ausgegeben und durch das EU-Budget garantiert werden. Die EIB soll evtl mit einer Kapitalerhöhung diese Maßnahmen unterstützen. Eine Vergemeinschaftung bestehender Schulden ist nicht vorgesehen. Die politische Weichenstellung könnte durch den Europäischen Rat am **23 April** erfolgen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_20_675



3. Europäisches Parlament-

Ausschusswoche per live-stream (20-24 April):

Ua ENVI (Umwelt-Aussprache mit Kom Timmermans zu Green Deal, EU-Klimagesetz, cov19)

AFET (Außenpolitik-Aussprache mit HR Borrell zu Handelspolitik, cov19, Westbalkan)

TRAN (Verkehr-Aussprache mit Kom Breton zu Tourismus & cov19)

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>

4. Rat der EU-

Folgende Ministertreffen werden per Video abgehalten:

21 Apr: Sportminister; **22 Apr:** Außen- und Europaminister

Ebenso finden alle ca 20 Ratsarbeitsgruppen dieser Woche per Video statt; COREPER 1 & 2 jeweils *in persona*;

5. Belgien/Flandern/Region Brüssel:

Seit 15 März wurden in Belgien 38.496 Fälle von covid19-Infektionen nachgewiesen. 8.757 Patienten wurden als geheilt aus den Krankenhäusern entlassen. **5.683** Patienten sind gestorben. Davon ua 47% in Krankenhäusern und 51% in Alten- und Pflegeheimen. <https://www.info-coronavirus.be/de/news/>

